

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 6

Artikel: Rechter Hand, linker Hand : alles vertauscht
Autor: Wild, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Macht beteiligt, Tränengasbomben gegen die Arbeiter eingesetzt und die Offensive gegen deren sozialpolitische Errungenschaften eingeleitet. Was politisch eine rechtzeitige und durchgreifende Vorbereitung Frankreichs auf den unvermeidlich gewordenen Krieg verhinderte, das waren der schnöde Klassenegoismus seiner Bourgeoisie und ihre Schlotterangst vor dem, was sie den «Bolschewismus» nannte, der konterrevolutionäre Defaitismus seiner Rechten, die bereit war, die eigene Niederlage in Kauf zu nehmen, um sich in den Besitz der Macht zu setzen. All das hatte der gegnerischen Propaganda die Breschen geöffnet, von denen aus sie Frankreichs moralische Widerstandskraft zermürben konnte. Wie das systematisch geschah, wie offener Verrat und verstecktes Konspirantentum politisch Frankreichs Niederlage vorbereiteten, unter der Mithilfe seiner Finanz- und Industriemagnaten, das sei einer späteren Betrachtung vorbehalten, wenn in dem vermutlich sehr lange dauernden Riomer Prozeß nach den militärischen die eigentlich politischen Probleme zur Sprache kommen werden.

Rechter Hand, linker Hand – alles vertauscht

Von Otto Wild, Stockholm

Die schwedischen Unternehmer sind in der Behandlung von Arbeiterfragen sanft wie Lämmer. Sie schließen rechtzeitig Tarifverträge mit den Gewerkschaften, sperren sich nicht gegen notwendig gewordene soziale Reformen, und lassen es nur sehr selten zu Arbeitskonflikten kommen. Dieses Verhalten der Unternehmer, das auch politisch in der Sammlungsregierung zum Ausdruck kommt, hat seinen Grund in den Verhältnissen Schwedens. Der wirtschaftliche Aufschwung, der dem Land in den letzten Jahrzehnten vergönnt war, der Reichtum des Landes an Naturschätzen und die patriarchalischen Verhältnisse, aus denen sich die Großindustrie in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, haben ein Unternehmertum geschaffen, das in sozialen Dingen mit sich reden läßt. Man liest in den Zeitungen der Unternehmer nur selten von der Notwendigkeit, die freie Unternehmerinitiative zu erhalten, und von der Notwendigkeit der freien Konkurrenz. Probleme, die in der Unternehmerpresse anderer Länder die beliebtesten Hauptthemen sind. Merkwürdigerweise sind es Persönlichkeiten, die nicht zu den Unternehmerkreisen zählen, welche jetzt in Schweden diese Fragen in den Vordergrund rücken. Die Vertreter der großen *Konsumgenossenschaftsbewegung* Schwedens sprechen in letzter Zeit immer häufiger von der Notwendigkeit, die freie Konkurrenz im Wirtschaftsleben zu erhalten, und von der Notwendigkeit der freien Unternehmerinitiative. Es handelt sich dabei durchaus nicht um eine aus taktischen Erwägungen geleitete Propaganda, sondern um ernstgemeinte Warnungen an die Öffentlichkeit. Die durch den Krieg notwendig

gewordenen staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben sollen nach der Meinung der führenden Männer in der Genossenschaftsbewegung nach dem Krieg so schnell als möglich wieder beseitigt werden.

Die staatliche Regelung des Wirtschaftslebens hat im ersten Weltkrieg in manchen Kreisen der Arbeiterbewegung die Hoffnung und den Wunsch erweckt, es könne sich daraus eine Sozialisierung der Produktion und ihrer Verteilung entwickeln. Es hat in verschiedenen Arbeiterparteien Mitteleuropas Kreise gegeben, die der Meinung waren, daß der Kriegsozialismus in den Frieden hinübergerettet werden könne. Die Warnung vor solchen Ideen pflegte sonst von der Privatwirtschaft zu kommen und sich auf die Notwendigkeit der freien Konkurrenz und der privaten Unternehmerinitiative zu berufen. Daß nun die Vertreter der großen schwedischen Konsumgenossenschaftsbewegung so eindringlich gegen die staatliche Regelung des Wirtschaftslebens sprechen, ergibt sich aus der Situation, in die der große schwedische Genossenschaftsverband (Koooperative = Förbundet) geraten ist.

Die Kriegswirtschaft faßt die vielen Einzelunternehmungen zu Syndikaten und Kartellen zusammen, um sie besser kontrollieren und dirigieren zu können. Die zusammenschrumpfenden Vorräte sollen möglichst gleichmäßig verteilt werden. Soweit noch Import möglich ist, soll die importierte Ware möglichst gleichmäßig allen Produzenten oder Händlern zufallen. Es sollen nicht die Großen mit den besseren Verbindungen und Importmöglichkeiten begünstigt und die anderen benachteiligt werden. Die Kriegszeit macht es auch notwendig, die Preise staatlich zu regeln, weil sonst die Konsumenten ausgebeutet werden und die Währung gefährdet wird. Die freie Konkurrenz und die private Unternehmerinitiative werden durch diese Maßnahmen beträchtlich eingeschränkt.

Es ist nun die merkwürdige Erscheinung festzustellen, daß viele Privatunternehmer sich mit dieser Regelung abgefunden haben und nicht abgeneigt sind, die neuen staatlichen Institutionen auch in der Nachkriegszeit bestehen zu lassen. Da auch ein großer Beamtenapparat aufgebaut werden mußte, der nun an der Erhaltung dieser Krisenwirtschaft interessiert ist, sind Kräfte vorhanden, die bereit sind, die Kriegswirtschaftsorganisation zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Für die weitere Entwicklung der Konsumgenossenschaften wäre dies jedoch eine Gefahr. Vor allem fühlt sich der Genossenschaftsverband als Importeur bedroht. Dieser Verband (in Schweden immer abgekürzt als KF bezeichnet) verfügt über ausgezeichnete internationale Handelsverbindungen, er besitzt sogar eigene Plantagen in Niederländisch-Indien und war knapp vor dem Kriege daran, eine große internationale genossenschaftliche Produktion und Warenvermittlung aufzubauen. Jetzt im Krieg konnte eine gerechte Verteilung des bisher noch möglich gewesen sehr verminderten Imports nur erfolgen, wenn die Waren an die Importeure im selben Verhältnis verteilt werden, in dem diese Firmen vor dem Krieg zu importieren imstande waren.

Der Genossenschaftsverband hat sich mit dieser Krisenregelung abgefunden, obwohl er einen beträchtlichen Teil der Waren, die er auch

während des Krieges importieren konnte, an die Privatwirtschaft abtreten mußte. Man sah ein, daß in Kriegszeiten keine andere Lösung möglich ist. Sollte jedoch dieses System der Importquoten auch im Frieden erhalten bleiben, dann könnte damit jede Weiterentwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung abgeschnitten werden, weil ihre Quote im Verhältnis zu den anderen Großhändlern ein für alle Male festgelegt ist und weil vor allem in den durch staatlichen Eingriff zustande gekommenen Syndikat der Importeure, die Konkurrenten des KF, die Majorität besitzen. Die Kriegswirtschaft hat ja nicht nur den Zweck, Überpreise zu verhüten und den Konsumenten zu schützen, sie hat auch den Zweck, den Bestand der einzelnen Unternehmungen zu sichern und ihnen zum mindesten die bisherigen Gewinne zu ermöglichen. Die Kriegswirtschaftsorganisation könnte darum die Anteile am Import nur nach dem einmal festgestellten Schlüssel verteilen. Diese staatliche Regelung wirkt also konservativ. Sie muß den gegenwärtigen Zustand geradezu verewigen. Die Konsumgenossenschaften, die sich in Schweden seit Jahren in einer großartigen Aufwärtsentwicklung befinden, fürchten mit Recht, daß ihnen durch die Kriegswirtschaft Fesseln angelegt werden, durch die sie ständig im gegenwärtigen Zustand erhalten werden können. Das Größenverhältnis des KF zu seinen Konkurrenten wäre für alle Zeiten festgelegt und der KF unter das Diktat seiner Konkurrenten gestellt. Man versteht also, daß die Vertreter des KF, die übrigens schon immer für die freie Konkurrenz eingetreten sind, jetzt besonders heftig betonen, wie notwendig die freie Unternehmerinitiative für das Wirtschaftsleben ist. Aber auch andere Erwägungen leiten in dieselbe Richtung. Auch von der Preiskontrolle ist zu befürchten, daß sie in Gegensatz zu den Konsumenteninteressen geraten kann. Schon nach dem ersten Weltkrieg hat sich vielfach die Tendenz gezeigt, die amtliche Preisregelung auch in Friedenszeiten zu erhalten. Schon damals mußten jedoch die amtlichen Stellen, die mit dieser Preisregelung betraut sind, bei ihrer Preisfestsetzung darauf achten, nicht die Existenz einzelner Unternehmungen durch zu niedrig festgesetzte Preise zu gefährden, d. h. die amtlichen Stellen müssen die Preise so festsetzen, daß auch jener Unternehmer bestehen kann, der am schlechtesten wirtschaftet oder dessen Betrieb die primitivsten Einrichtungen besitzt.

Als nach dem ersten Weltkrieg das Angebot an Waren stieg, sind in einigen Ländern die amtlich festgesetzten Höchstpreise in Mindestpreise umgewandelt worden. Die amtliche Preisregelung blieb erhalten, aber ihr Zweck hatte sich gewandelt. Die Einrichtung zum Schutze der Konsumenten bekam die Aufgabe, das am wenigsten rationell arbeitende Unternehmen vor dem Untergang zu bewahren. Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage. Bei allen Institutionen und Aemtern kommt es vor allem auf die grundsätzliche Einstellung an, welche die Richtung ihrer Handlungen bestimmt. Die Konsumgenossenschaften Schwedens sind sich augenscheinlich klar darüber, was sie von diesem Geist der Kriegswirtschaftsämter zu erwarten haben und fordern darum, daß nach dem Krieg die freie Konkurrenz so schnell als möglich wieder hergestellt werde.

Auch den Sozialisierungsforderungen der alten Parteiprogramme steht

man in Genossenschaftskreisen mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Die Tatsache, daß die Sowjetunion die Konsumgenossenschaftsbewegung in einen staatlichen Verteilungsapparat verwandelte, hat auf die schwedischen Genossenschaftler abschreckend gewirkt. In jeder großen Organisation steckt ein gewisser Konservatismus und Selbsterhaltungstrieb. Man fürchtet von einer Sozialisierung die Vernichtung der freien Genossenschaftsbewegung. Auch in den führenden Kreisen der schwedischen Arbeiterbewegung gibt es eine starke Strömung gegen die alten Sozialisierungsforderungen. In Schweden wiederholen sich gegenwärtig die alten Parteidiskussionen über Revisionismus. Sie werden unter den Schlagworten «Sozialisierung oder Freiheit» und «Sozialisierung oder Volksgemeinschaft» geführt, wobei man oft die Ergebnisse des Kriegssozialismus als abschreckendes Beispiel gegen die Sozialisierungsforderungen verwendet und zu dem Ergebnis kommt, daß die Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre von den alten Sozialisierungsforderungen allmählich abgekommen ist und zur friedlichen Zusammenarbeit mit den anderen Klassen zur Volksgemeinschaft gelangte.

Es soll hier nicht auf diese Diskussion eingegangen werden. Nur das eine sei zu dieser Einstellung eines Teiles der führenden Kreise in der schwedischen Arbeiterbewegung gesagt, daß auch Grundsätze und Forderungen aus bestimmten Verhältnissen abgeleitet werden, daß aber die Verhältnisse sich ständig ändern. Zur gleichen Zeit, in der führende Genossenschaftler für die freie Unternehmerinitiative und für die freie Konkurrenz eintreten und führende Parteimänner gegen die Sozialisierungsprogramme auftreten, ist in der Wirtschaft eine deutliche und kräftige Entwicklung kollektivistischer Unternehmungen festzustellen. Ein beträchtlicher Teil der Unternehmerinitiative ist auf den KF übergegangen. Während sich das private Unternehmertum sehr gerne staatliche Kartellierung und staatliche Unterstützung gefallen läßt und auf einen beträchtlichen Teil seiner freien Initiative gerne verzichtet, um das sogenannte Friedensrisiko auf den Staat abzuwälzen, hat der KF eine Reihe neuer wichtiger Produktionsanlagen geschaffen und einige seiner alten Fabriken bedeutend vergrößert. Der KF hat eine neue Fabrik für Generatorgasapparate gebaut, große Holzverkohlungsanlagen errichtet, in denen auch die Nebenprodukte der Holzverkohlung verwertet werden. Er hat seine große Speiseölraffinerie durch eine Ölhärtungsfabrik erweitert, er hat seine Zellwolle- und Kunstseidefabriken auf die dreifache Leistungsfähigkeit vergrößert und seine Gummifabrik durch eine Gummiregenerierungsanlage vergrößert. Der Staat selbst mußte einige neue große Unternehmungen errichten, die durch die Umstellung auf die Kriegswirtschaft notwendig wurden und zu denen die private Unternehmerinitiative nicht ausgereicht hat. Nach einem Stillstand der Bautätigkeit sehen sich manche Kommunen gezwungen, selbst die Bautätigkeit aufzunehmen, weil die privaten Bauunternehmer nicht das Risiko auf sich nehmen wollen, im künftigen Frieden die Mietzinse wieder herabsetzen zu müssen. Sogar einzelne Gewerkschaften haben sich gezwungen gesehen, eine eigene kollektivistische Wohnungsbauproduktion zu beginnen, um ihren arbeitslosen Mitgliedern Beschäftigung zu geben und

die wichtigen mit der Bautätigkeit verbundenen Schlüsselindustrien wieder in Gang zu bringen. Auch die Mieterorganisationen bauen viele Wohnhäuser. Dies alles geschieht durchaus nicht aus irgendeiner sozialistischen Absicht. Man sträubt sich sogar solange als möglich dagegen, neue kollektivistische Unternehmungen zu schaffen. Aber die Verhältnisse sind stärker. Es ist ganz unzweifelhaft, daß im Wirtschaftsleben eine gesteigerte Kollektivisierung vor sich geht.

Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Die Gründung neuer Industrien, die Verdopplungen und Verdreifachungen der Produktion eines großen Unternehmens gehen in unserer Zeit sehr schnell vor sich. Aber noch schneller fallen die Entscheidungen, die alle Verhältnisse verändern, und sie fallen an anderen Fronten. Nichts ist beständig, alles wandelt sich, auch Grundsätze und Forderungen, die heute verkündet werden, können bald ihre Gültigkeit verlieren. Grundsätze und Tatsachen sind zwei verschiedene Dinge. Aber letzten Endes sind es doch die Tatsachen, von denen die Grundsätze bestimmt werden.

Japans „letzte hundert Meter“

Von François Bernard.

Eigentlich hatte der amerikanische Commodore *Perry*, als er im Jahre 1853 mit seiner «Mississippi» ungerufen in die Bucht von Jeddo — dem heutigen Tokio — einfuhr, wenig anderes vor, als auf dem japanischen Inselreich einen günstigen Stützpunkt ausfindig zu machen, der dem Handel seines Landes mit dem benachbarten China nützlich sein konnte. Aber wie so oft unscheinbare Ereignisse und zunächst kaum beachtete Zwischenfälle in der Geschichte zum Ausgangspunkt weltumwälzender Bewegungen werden, so hat dieser *Perry* damals ganz unbeabsichtigt den ersten Funken zu dem Weltbrand entzündet, der jetzt im Pazifik und in der von Dichtern immer wieder in berausenden Farben geschilderten Südsee wütet und die Menschheit von fünf Kontinenten in Atem hält. Für *Perry* selbst verlief sein Unternehmen ohne besondere Dramatik. Er händigte dem Shogun von Jeddo, der formell zwar nur ein Untergebener des Mikado, in Wirklichkeit aber damals der wahre Herrscher Japans war, das ihm von seiner Regierung mitgegebene Schreiben aus und erschien ein Jahr später mit einer ganzen Flotte wieder, um sich die Antwort zu holen, die schon angesichts der vielen und neuartigen amerikanischen Schiffe mit ihren wie stählerne Drohfinger aussehenden Kanonenrohren nicht anders als in dem erwarteten Sinne ausfallen konnte. Von da an konnten amerikanische Kriegs- und Handelsschiffe nach Belieben in gewisse japanische Buchten ungestört einfahren und auch mit Japan selbst Handel treiben. Bisher waren nur die Holländer im Genuß eines solchen Vorrechts gewesen, das indessen sehr beschränkt war. Ermuntert durch